Pfund's Milch-Seife
Dresdner Molkerei Gebr. Pfund.
Dresden.

# Dresdner Nachrichten

Meissner Smyrna-Teppich-Fabrik
— F. Louis Beilich. —
Nur Prima-Kammgarn-Fabrikate. Handarbeit.
Versandhaus für Material zur Selbstherstellung von Knüpfarbeiten nach altbewährten Methoden als Handarbeit für Damen.
Industrie-Ausstellung Leipzig: Gruppe 8, Nr. 78.

42. Jahrgang. Dresden, 1897

Hugo Borack
Hoflieferant
Altmarkt
(Ecke der Seestrasse 1).
Neuheiten:
Damen-Oberhemden
Damen-Cravatten
Damen-Unterröcke.
Strümpfe und Unterzeuge.
Imitirte schwedische Handschuhe.

C. Heinrich Barthel
Neueste Modelle
Putz- und Modewaarenhaus Strohhutfabrik
Waisenhausstr. 30, Fernspr. I, 3390.

Tapeten.
Gustav Hitzschold, Moritzstrasse 14.
Tapeten.

Glaswaaren
jeder Art aus den bedeutendsten Glashütten des In- und Auslandes, empfohlen in reichhaltiger Auswahl
Wilh. Rihl & Sohn, Kgl. Hoflieferanten,
Neumarkt 11. Fernsprechstelle 1119.

Solide, elegante deutsche und englische Tuchwaaren
empfiehlt in grossartigster Auswahl billigst C. H. Hesse, 20 Marienstrasse 20, Ecke Margarethenstrasse (3 Raben).

Nr. 168. Spiegel: Hawaii und die Vereinigten Staaten. Hofnachrichten, Stadtverordnetensitzung, Pfarrer Kneipp †, Müllerverband, Sommervarieté, Thierschutzverein, Gerichtsverhandlungen. Doppelquartett. | Muthmaßliche Witterung: Unsicher. | Sonnabend, 19. Juni.

## Politisches.

Den Kanaken, den Bewohnern der Sandwichinseln, hat Bruder Jonathan die Ehre zugedacht, Bürger der Union zu werden. Die Republik Hawaii soll den Vereinigten Staaten von Amerika einverleibt werden. Der Vertrag, der zwischen den Vertretern der Union und des kanakischen Inselstaats abgeschlossen worden ist und dem Senat in Washington zur Bestätigung vorliegt, ist insofern von allgemeiner Bedeutung, als er eine neue Aera der auswärtigen Politik der Vereinigten Staaten eröffnen würde. Mit der Annexion Hawaiis würde Nordamerika in die Reihe der Kolonialmächte eintreten. Bisher ist in Washington an dem Grundsatze festgehalten worden, die Machtsphäre über den Kontinent hinaus nicht zu erweitern und sich jeder aktiven Kolonialpolitik zu enthalten. Versuche, hiervon abzuweichen, sind indeß wiederholt von amerikanischen Staatsmännern gemacht worden; aber sie haben keinen Erfolg gehabt. In den letzten Jahren ist die auf die territoriale Machterweiterung gerichtete Strömung gewachsen, und es ist wahrscheinlich, daß der Vertrag, den der Präsident Mac Kinley mit der Regierung der Sandwichinseln abgeschlossen hat, im Senate die erforderliche Zweidrittelmajorität finden wird.

Bei dem Antritt seiner Präsidentschaft hat sich Mac Kinley ausdrücklich gegen jede Erweiterung des Landbesitzes ausgesprochen; jetzt empfiehlt er in seiner Botschaft an den Senat die Angliederung der hawaiischen Inselrepublik an Nordamerika. Um den Widerspruch, der hier offenbar gegeben ist, zu verdecken, bemüht sich Mac Kinley, darzuthun, daß es sich in dem Vertrage nicht um eine wirkliche Annexion, sondern um die Weiterführung einer bereits bestehenden Verbindung, um den festeren Zusammenschluß von zwei Völkern handele, die durch Bande des Blutes und der Freundschaft eng verknüpft sind. Das sind nur Redensarten, die an der Thatsache der Annexion nichts ändern. Weiter sucht Mac Kinley zu bestreiten, daß die Vereinigung Hawaiis mit der Union eine Abweichung von der bisherigen Politik bezeichne. Er verweist darauf, daß zur Zeit des internationalen Uebereinkommens wegen Samoa Deutschland und Großbritannien die Absicht gehabt hätten, auch die Sandwichinseln der Gruppe anzuschließen, welche unter das Protektorat der Mächte gestellt wurde. Die Vereinigten Staaten hätten sich jedoch dieser Absicht widersetzt, da nach ihrer Ansicht bereits Verbindungen zwischen ihnen und Hawaii bestanden, welche diese Republik unter den besonderen Schutz der Union stellten. Nach Mac Kinley ist die geplante Angliederung der Republik der Kanaken an Nordamerika nur die Konsequenz dieses Protektorats und die Fortsetzung der längst feststehenden Politik. Das ist aber keineswegs der Fall. Als vor vier Jahren die Königin von Hawaii Liliuokalani, die Schwester des Königs Kalakaua, durch ein aus Bürgern der Union bestehendes „Revolutionskomitee" und mit Hilfe des nordamerikanischen Gesandten, welcher Truppen eines Kriegsschiffs in Honolulu landen ließ, gestürzt worden war, wurde zwar bei der Einsetzung der provisorischen Regierung besonders betont, daß diese so lange bestehen solle, „bis die Bedingungen zu einer Vereinigung mit den Vereinigten Staaten von Amerika verhandelt und vereinbart" seien. Der Präsident Cleveland sprach sich jedoch gegen den Staatsstreich in Hawaii aus; er erklärte diesen für eine völkerrechtswidrige Gewaltthat und kassirte den Annexionsvertrags-Entwurf. Der verjagten Königin vermochte er jedoch nicht wieder zu ihrem Throne zu verhelfen. Daß jetzt faktisch die Annexion der Sandwichinseln beabsichtigt ist, beweist der Inhalt des Vertragsentwurfs. Hiernach übergiebt die Republik Hawaii ihr ganzes Gebiet den Vereinigten Staaten und wird zu einem Theile derselben unter dem Namen Territorium von Hawaii. Die Regierung der Vereinigten Staaten übernimmt die Gesammtschulden Hawaiis im Betrage von 4,000,000 Dollars. Alle Bürger der gegenwärtigen Republik von Hawaii werden Bürger der Vereinigten Staaten, ausgenommen die Chinesen, die bereits von dem Privilegium, amerikanische Bürger zu werden, ausgeschlossen sind. Die gegenwärtigen Regierungseinrichtungen und Gesetze Hawaiis bleiben vorläufig in Kraft, soweit sie nicht direkt mit den Gesetzen der Vereinigten Staaten in Konflikt treten, bis der Kongreß neue Gesetze für die Verwaltung des annektirten Territoriums erlassen hat.

Den Vorwand für die Annexion hat der Einwandererstreit mit Japan geboten. Japan gerieth mit der republikanischen Regierung in Honolulu in Konflikt, weil diese einige Hundert japanische Einwanderer zurückgewiesen hatte. Die Amerikaner behaupten nun, daß sich die Japaner der Inselrepublik bemächtigen wollen und daß es daher die höchste Zeit sei, diesen zuvorzukommen. Hinter den Annexionisten stecken die amerikanischen Zuckerspekulanten. Die Ausfuhr der Inseln besteht fast ausschließlich aus Zucker, der bisher im Werthe von durchschnittlich 10 Millionen Dollars jährlich nach den Vereinigten Staaten zollfrei gelangte, in Zukunft aber, falls die Inseln nicht annektirt würden und die neue amerikanische Tarifbill Gesetz würde, verzollt werden müßte. Ueberhaupt ist fast der ganze Handel mit Hawaii in amerikanischen Händen, obwohl die Zahl der auf den Inseln wohnenden Amerikaner gegen die der Japaner, Chinesen und Portugiesen eine geringe ist. Auch den Kanaken ist mit der Verbindung gedient, da ihnen Nordamerika in ihren Geldnöthen beistehen wird. Auf beiden Seiten beruhen somit die Wünsche nach vollständiger Vereinigung auf schwerwiegenden materiellen Interessen.

Sobald der Vertrag die Genehmigung des Senats erlangt hat, wird an der Thatsache der Annexion der Sandwichinseln durch die nordamerikanische Union nichts mehr zu ändern sein. Auch Japan, das dabei in erster Linie interessirt ist, wird sich fügen müssen. Der Protest, den sein Vertreter in Washington eingereicht hat, richtet sich auch nicht direkt gegen die Annexion, sondern bezweckt die Anerkennung der Rechte und Privilegien, die sich aus den mit Hawaii bestehenden Verträgen ergeben. Dasselbe kann und wird hoffentlich auch Deutschland verlangen, das mit Hawaii ebenfalls einen Freundschafts- und Handelsvertrag abgeschlossen hat. Die Haltung, die im Uebrigen unsere Reichsregierung zu der hawaiischen Annexionsfrage einnimmt, ergiebt sich aus einer offiziösen Auslassung. Hiernach wird in dem Auswärtigen Amte in Berlin die „Angliederung" der Sandwichinseln an die Union durchaus nicht als eine Ueberraschung behandelt, die Deutschland nicht hätte dürfen über sich kommen lassen. Seit langen Jahren habe man die Hawaii-Inseln als in der Interessensphäre der Vereinigten Staaten liegend betrachtet, und wenn man jetzt in Washington den Anschluß der Insel beschlossen habe, so könne das nur als ein formeller Akt angesehen werden. Für Deutschland aber bestehe schwerlich ein Vorwand, zu fragen, mit welchem Rechte die Regierung der Union zu der Handlung der Annexion komme; wir hätten keine Veranlassung, den Vereinigten Staaten protestirend oder gar hemmend in die Arme zu fallen. Bei dieser Stellungnahme unserer Regierung wird die von mehreren Seiten gestellte Forderung nur ein frommer Wunsch bleiben, die Aufrollung der Hawaiifrage dazu zu benutzen, die Samoafrage im Sinne einer deutschen Alleinherrschaft zu lösen, worauf wir nicht allein durch das Ueberwiegen unserer Interessen, sondern auch durch das deutsche Blut, das um Samoas willen geflossen ist, ein Anrecht haben. Um dieses Anrecht durchzusetzen, dazu dürfte wohl ein weit größeres Maß von Thatkraft, Umsicht und Initiative gehören, als zur Zeit in der Wilhelmstraße in Berlin vorräthig zu sein scheint.

## Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 18. Juni.

* Bielefeld. Die Rede des Kaisers bei Entgegennahme des Ehrentrankes auf dem Sparenberge lautete wie folgt: „An dieser geweihten Stätte, die zeugt von der Anwesenheit eines der gewaltigsten Fürsten, die Europa jemals gesehen, den seine Feinde schon den großen Kurfürsten nannten, ergreife Ich den Becher, um auf das Wohl Bielefelds und Westphalens zu trinken. Wie einst Mein großer Ahne auf seinem Zuge hier Rast hielt und die Thaten voraus bestimmte, die seine Brandenburger ausführen sollten, wie er sich hier auch den Werken des Friedens widmete, so sehe Ich vom Sparenberg herab und habe auch hier Rath gepflogen, freilich zu einem anderen Kampfe, der eben vom Lande heraufgestiegen. Ich habe hier das segensreiche Wirken eines gottbegnadeten, vom Himmel gesendeten Mannes, des Pastors Bodelschwingh, zu bewundern Gelegenheit gehabt, habe auch hier neuerdings Muth geschöpft zu dem Kampfe, den bereits seit dem Bestehen des Hohenzollernhauses dessen Vorfahren geführt, für jeden Unterthan, suum cuique, für seine Arbeit und Verdienst zu sorgen. So trinke Ich diesen Becher auf das Wohl Bielefelds und das Wohl der treuen Westphalen, auf die Treuen, von denen Ich weiß, daß ihre Treue Mir sicherer steht, als die Grundmauern des Sparenbergs. Ich trinke den Becher mit dem Wunsche, daß Mein Programm durchgeführt werde zum Wohle Meines Volkes: Schutz der nationalen Arbeit, Zurückweisung jeder Umsturzbestrebung, schwerste Strafe Demjenigen, der den Nachbar an der freiwilligen Arbeit hindert. In diesem Sinne Bielefeld und Meine Westphalen hoch!"

Berlin. Der Kaiser stattete gestern vor seiner Abreise dem Grafen Schuwalow auf der Villa „Ingenheim" einen Besuch ab und sprach wiederholt dem Grafen und der Gräfin Schuwalow seine große Freude über den über alles Erwarten guten Erfolg der Kur aus. In der gestern abgehaltenen Konsultation der Aerzte konnte eine fernere Zunahme der Körperkräfte und Beweglichkeit des Grafen konstatirt werden. — Wie aus Brüssel geschrieben wird, wird König Leopold in Kiel eine Begegnung mit dem deutschen Kaiser haben; damit sollen die letzten Mißstimmungen, die durch die Kongovorgänge zwischen Deutschland und dem König von Belgien sich ergeben hatten, nun vollständigen Ausgleich finden. — Die Kronprinzessin Stefanie von Oesterreich trifft am 21. Juni zu eintägigem Aufenthalt hier ein. Von hier aus geht die auf sechs bis acht Wochen berechnete Reise nach Kopenhagen und Schweden, Petersburg und wahrscheinlich auch Moskau. — Mit dem Prinzen Albrecht reisen heute Abend zu der Jubiläumsfeierlichkeit nach London der Erbherzog von Koburg-Gotha, Prinz und Prinzessin Aribert von Anhalt und Prinz Eugen von Schweden. — Der Kommandeur des Garde-Kürassier-Regiments Oberst Graf v. Klinckowström ist zum diensthuenden Flügeladjutanten des Kaisers ernannt und der Major und Flügeladjutant Graf v. Hohenau mit der Führung des Garde-Kürassier-Regiments beauftragt worden. — Der Staatssekretär des Reichsmarineamts Kontreadmiral Tirpitz tritt den ihm bewilligten Urlaub morgen an. Er begiebt sich zunächst nach Ems, wo er Heilung von einem Halsleiden zu finden hofft, das sich seit einiger Zeit bei ihm eingestellt hat. — Der japanische Gesandte Vicomte Aoki wird in der zweiten Hälfte des Juli seine Reise nach Japan antreten. Nach Berlin kehrt er wahrscheinlich nicht zurück, da der Handelsvertrag mit Deutschland in Tokio wenig befriedigt und zu Differenzen mit dem Minister des Auswärtigen geführt hat. — Der Vorstand der Innungsverbände, unterzeichnet Faster-Berlin, wendet sich jetzt in einem Rundschreiben an alle Handwerkerfreunde im Reichstage mit der dringenden Bitte, bei der 3. Lesung der Gewerbenovelle für diese zu stimmen. Zwar hält der Vorstand die Vorlage mit mannigfachen Mängeln behaftet, aber trotzdem tritt er so energisch dafür ein, daß er das Fehlen bei der Abstimmung als das Gegentheil von Freundschaft ansieht und verspricht, die etwa Fehlenden sich merken zu wollen. Die „Kreuzztg." bemerkt dazu, eine größere Genugthuung können die Mitglieder unserer Partei nicht erfahren, die in voller Erkenntniß der einschlagenden Verhältnisse sich von vornherein auf den Boden der Vorlage gestellt haben und ernstlich bemüht gewesen sind, in der Kommission und im Plenum sie den Wünschen der Handwerker entsprechend zu gestalten.

Berlin. Die offiziöse „Nordd. Allg. Ztg." schreibt: Was die Blätter über Entschließungen mittheilen, die über Veränderungen in den höchsten Stellen des Reichs- und Staatsdienstes gefaßt sein sollen, beruht nach unseren Informationen lediglich auf Kombinationen. Derartige Entscheidungen sind bisher nicht erfolgt. — Die „Nat. Ztg." glaubt, daß die Entscheidung vor dem für Anfang Juli in Aussicht genommenen Antritt der Nordlandreise des Kaisers stattfinden werde. — Aus parlamentarischen Kreisen wird mitgetheilt, daß Herr v. Miquel die Rückkehr nach Wiesbaden aufgegeben habe. — Die „Nat. Ztg." schreibt weiter: Fest steht das Ausscheiden des Herrn v. Boetticher, der zunächst in den Ruhestand treten, später aber ein Oberpräsidium übernehmen dürfte. Daß es nicht das jetzt vakante von Schleswig-Holstein sein wird, liegt auf der Hand, da zu dem Bereiche desselben Friedrichsruh gehört. Fest steht ferner, daß Herr v. Miquel Vicepräsident des preußischen Staatsministeriums wird. Die Verzögerung in dem Abschlusse der Krisis erklärt sich offenbar durch die schon dargelegten Schwierigkeiten, welche der Uebernahme auch der Stellvertretung des Reichskanzlers seitens des Herrn v. Miquel entgegenstehen und auf die es zurückzuführen ist, daß andererseits die Ernennung des jetzigen Schatzsekretärs Grafen v. Posadowsky zum Staatssekretär des Innern, der in diesem Falle, sowie Herr v. Boetticher bisher, Stellvertreter des Reichskanzlers werden würde, in Frage ist. Uns scheint indeß, daß sich die Waage zu Gunsten der Uebernahme auch der Stellvertretung des Reichskanzlers durch Herrn v. Miquel, der alsdann das preußische Finanzministerium mit dem Reichsamte des Innern vertauschen würde, neigt. Mit Herrn v. Marschall's Rückkehr an die Spitze des auswärtigen Amts wird offenbar nicht mehr gerechnet. Man hört bereits mehrere diplomatische Vertreter des Reichs im Auslande nennen, welche für diesen Staatssekretärposten in Betracht kommen. Unter solchen Umständen wird es begreiflich sein, wenn die Verstärkung der Reichsregierung durch Herrn v. Miquel schließlich allen Betheiligten wichtiger erscheinen sollte als die formalen staatsrechtlichen und die persönlichen Erwägungen, die dagegen in Betracht kommen. Für diesen Fall ist die Ernennung des Grafen Posadowsky zum Finanzminister höchst wahrscheinlich. — Die „Voss. Ztg." sagt u. A.: Unter allen Staatsmännern giebt es keinen, auf dessen vergangene Thätigkeit die liberale Partei mit so großer Mißbilligung und auf dessen zukünftige Thätigkeit sie mit so großem Mißtrauen blickt. Ob Herr v. Miquel ein Konfliktsminister wird, muß die Zukunft lehren. Das Zeug dazu hat er, und auch der „Roon der Marine" wird bald an die Arbeit gehen. — Der Wilhelmsorden, welchen der Präsident des Reichsversicherungsamts, Dr. Bödiker, anläßlich seiner Dienstentlassung erhielt, ist eine Auszeichnung, die für hervorragende Verdienste um die Wohlfahrt und Veredelung des Volks, besonders auf sozialpolitischem Gebiete, im Sinne der Botschaft Kaiser Wilhelm I. vom 17. November 1881 verliehen wird. — Die „Nordd. Allg. Ztg." bemerkt zum Rücktritt Dr. Bödiker's: Die Verdienste, welche Herr Dr. Bödiker sich besonders auf dem Gebiete der sozialpolitischen Gesetzgebung und bei der Leitung des Reichsversicherungsamts, dessen Präsident er seit der Errichtung desselben gewesen ist, erworben hat, rechtfertigt das lebhafte Bedauern, welches die zunächst berührenden Kreise und besonders auch die Reichsverwaltung über das Ausscheiden aus seiner Stellung empfinden. — Die „Post" schreibt aus demselben Anlaß: Wenn im Einzelnen naturgemäß auch mancher Mißgriff gemacht wurde, manche im wirklichen Leben nicht entsprechende Maßregel bureaukratischer Natur vom Reichsversicherungsamte ausgegangen ist, wie z. B. die Normalien für die Unfallverhütungsvorschriften für die land- und forstwirthschaftlichen Betriebe, wenn in manchem Falle auch wohl die der Reichsversicherungsgesetzgebung zu Grunde liegende arbeiterfreundliche Tendenz sich in übertriebener Weise geltend gemacht haben mag, so wird man doch anerkennen müssen, daß das Reichsversicherungsamt sich im Großen und Ganzen dieser seiner schwierigen und wichtigen Aufgabe gewachsen gezeigt hat. Das ist in erster Linie das Verdienst des Präsidenten Bödiker. Wird man aus diesem Grunde bedauern müssen, daß er vorzeitig das von ihm mit Erfolg gepflügte Arbeitsfeld verläßt, so wird dieses Bedauern noch durch die Erwägung verstärkt, daß mit ihm ein auf durchgreifende Reformen (durchgreifende Vereinfachung der Invaliditäts- und Altersversicherung) hinlenkendes Element aus der Reichsverwaltung scheidet. Es ist zu befürchten, daß mit dem Rücktritte Herrn v. Bödiker's das System des Fortwurstelns mit kleinen Flickmaßregeln nur noch weiter bestärkt werden wird. Wird an der Stelle Wandel geschaffen, so könnte allerdings dieses Bedenken sich von selbst erledigen.

Hamburg. Nach einer Depesche des „Hamb. Korr." hat Finanzminister v. Miquel ein vollständiges Programm entwickelt, das die Billigung des Kaisers gefunden hat. Herr v. Boetticher trete bestimmt zurück, nachdem er selbst dringend seinen Abschied erbeten habe. Staatssekretär des Innern solle Graf Posadowsky werden, während Miquel als Vicekanzler Finanzminister bleibe. Frhr. v. Marschall werde keinesfalls in's Amt zurückkehren, auch des Frhrn. v. d. Recke Verbleiben bis Herbst gelte als im hohen Grade zweifelhaft.

Hamburg. Die landwirthschaftliche Gesellschaft wählte als Ort für ihre Ausstellung im Jahre 1900 die Stadt Posen.

Köln. Bei einer Spazierfahrt ging der Viererzug des in der Nähe von Baden-Baden weilenden Sohnes des Bankiers Freiherr Albert von Oppenheimer, Paul Oppenheimer, durch, da die Pferde durch Verwickelung in die Stränge scheu wurden, und stürzte einen Abhang hinunter. Paul Oppenheimer und sein Kind blieben unverletzt. Frau Oppenheimer erlitt eine unerhebliche Verletzung, der Kutscher wurde getödtet.

Köln. Bisher sind hier eingetroffen: Der Erbgroßherzog von Baden, der Reichskanzler Fürst Hohenlohe, die Minister v. Boetticher, Brefeld, Thielen, Schönstedt, v. d. Recke, Goßler und der Fürst zu Wied.

Halberstadt. Im weiteren Verlaufe des Mordprozesses Brünig wurde von einer großen Anzahl von Zeugen bekundet, daß der Wagen von innen und von außen mit Blut besudelt war. Der Gerichtschemiker Dr. Jeserich-Berlin bestätigte dies und bemerkte, daß auf der Deichsel ein blutiger Händeabdruck zu sehen war. Der Angeklagte bestreitet, die eiserne Keule absichtlich mitgenommen zu haben und versichert, daß es ihm, während Rothe ihn an der Brust gepackt hatte, möglich war, die Keule aus der hinteren Wagentasche hervorzuholen. Im weiteren Verlaufe der Zeugenvernehmung wurde bekundet, daß die Keule, die bei der Viehtränke verwendet werden sollte, wegen ihrer Schwere niemals in Gebrauch genommen sei.

Schwerin. Der Regent Herzog Johann Albrecht begiebt sich morgen Vormittag von Hamburg nach Friedrichsruh zum Fürsten Bismarck und kehrt Nachmittag von dort hierher zurück.

Wien. Erzherzog Ferdinand ist heute Vormittag zu den Jubiläumsfeierlichkeiten nach London abgereist. — Münchner und Wiener Veteranen feierten gestern im Dreherpark ein Verbrüderungsfest, wobei Huldigungstelegramme an den Kaiser von Oesterreich, den Prinzregenten von Bayern und den Prinzen Arnulf von Bayern abgesandt wurden. Die Verlesung der darauf einlaufenden Antwortdepeschen wurde mit stürmischen Hoch- und Hurrahrufen aufgenommen. Es waren gegen 5000 Personen anwesend. — Die Einweihung der neuen Centralstation der Wiener Freiwilligen Rettungsgesellschaft wurde heute im Beisein des Kaisers und der Erzherzöge vollzogen.

Wien. Der der Graz-Koeflacher-Gesellschaft gehörige Hauptschacht in Voelling bei Deutsch-Landsberg ist gestern infolge Wassereinbruchs theilweise eingestürzt. Ein Häuer ist rettungslos verunglückt. Der Materialschaden ist sehr bedeutend.

Wien. Der oberste Gerichtshof hob das Urtheil des Schwurgerichts auf, wodurch der Komponist und Hofrath im Unterrichtsministerium Dr. Karl Zeller wegen Meineides zu 1½jährigem schwerem Kerker verurtheilt, und weil die Verhandlung in Abwesenheit des erkrankten Angeklagten durchgeführt worden ist. Es ist eine neue Verhandlung angeordnet.

Friedrich & Glöckner
Str. 15, Schäferstr. 12, Bautznerstr. 27b, Pieschen und Löbtau.
Streichf. Pinsel, trocken-Farben, Oelfarben, Lacke, Fussboden-Schnell-, Zimmer-